

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger
in Oberhausen und Dinslaken,

ob Fernsehen, Funk oder Presse: die meisten Medien verbreiten seit Wochen den Eindruck, als ob die Bundestagswahl am 24. September längst entschieden sei und die Wahl eigentlich nur stattfindet, weil Frau Merkel eben alle vier Jahre wiederzuwählen ist. Die Umfrageinstitute sehen durch die Bank einen „uneinholbaren Vorsprung“ der amtierenden Kanzlerin, und der sei so gut wie in Beton gegossen. Noch ist nicht eine Stimme abgegeben, aber das Ergebnis soll schon feststehen? Ich finde, so wenig ernst genommen hat man die individuelle und souveräne Wahlentscheidung von Millionen Menschen schon lange nicht mehr. Wo also liegt der Fehler?

Der Fehler liegt darin, dass Medien und Umfragen den einzigen Faktor, der tatsächlich wahlentscheidend ist, nicht auf der Rechnung haben, nämlich Sie, die Wählerinnen und Wähler in diesem Land. Kein Rennen ist gewonnen, bevor man nicht im Ziel ist, und man kann auch noch zwei Meter davor stürzen. Das haben wir gerade erst bei der Landtagswahl im Mai erlebt. Niemand hat vier Wochen vor dem Wahltermin damit gerechnet, dass Hannelore Kraft tatsächlich abgewählt werden könnte. Mich eingeschlossen. Genau das ist aber passiert. Und so etwas passiert immer wieder. Weil die Wählerinnen und Wähler ihre eigenen



Entscheidungen treffen und sich nicht einfach „berechnen“ lassen. Und weil Wahlkämpfe dynamische Veranstaltungen sind, und Stimmungen und Stimmen schnell kippen können. Lassen Sie sich also keinen Bären aufbinden. Sie entscheiden. Und niemand sonst.

Wenn Sie dann zu der Auffassung kommen, dass ich Sie als Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Oberhausen und Dinslaken in Berlin gut vertreten habe, würde ich mich über Ihre Erststimme sehr freuen. Je größer Ihre Unterstützung, umso deutlicher wird man meine Stimme in Berlin hören.

Und wenn Sie wie ich der Meinung sind, dass es in Deutschland gerechter zugehen kann und muss, dann geben Sie Ihre Zweitstimme Martin Schulz und der SPD. Diese TACHELES-Sonderausgabe enthält alle wichtigen Informationen über Personen und Programm der SPD zur Bundestagswahl 2017 im Wahlkreis Oberhausen / Dinslaken.

Ein letztes Wort: Wie auch immer Sie sich entscheiden, gehen Sie auf jeden Fall zur Wahl. Auf dieses wichtige demokratische Grundrecht sollte man nicht freiwillig verzichten.

Es grüßt herzlich, Ihr



Dirk Vöpel MdB

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit. Es ist Zeit für Martin Schulz.

Deutschland ist ein starkes Land, das wirtschaftlich gut dasteht. Doch nicht überall geht es gerecht zu. Jeder soll die gleichen Chancen auf beste Bildung und Ausbildung, gute Jobs und ein würdevolles Leben im Alter haben. Ich kämpfe für eine Gesellschaft, in der die Menschen füreinander da sind und in Frieden leben können. Gesellschaften, in denen es gerecht zugeht, sind wirtschaftlich erfolgreicher und innovativer. Die Menschen sind zufriedener und das gegenseitige Vertrauen ist stärker. Gerechtigkeit macht unser Land in vielerlei Hinsicht reicher. Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für Zusammenhalt und Wohlstand.



Für mich ist Familie dort,
wo Menschen **füreinander Verantwortung übernehmen**.

Familie und Arbeit sollten doppeltes Glück sein – und nicht zu einer Belastung werden. Ich will dafür sorgen, dass Familie, Beruf und Pflege besser zusammengehen. Gerechte Familienpolitik bedeutet, dass sich beide Elternteile um die Kinder oder ihre Angehörigen kümmern können und nicht mehr fragen müssen, wie viel Zeit der Job für die Kinder

lässt. Ein intaktes Familienleben ist wichtig. Deshalb will ich dafür sorgen, dass Familien stärker unterstützt werden. Für mich ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen – von der klassischen Ehe zwischen Mann und Frau über den alleinerziehenden Vater bis zum lesbischen Paar.

Ich will unbefristete Arbeit,
tariflich bezahlt und mit **guten Arbeitsbedingungen**.

Wir haben unseren Wohlstand – heute und in Zukunft – den arbeitenden Menschen in unserem Land zu verdanken. Dafür verdienen sie Respekt und Anerkennung. Alle sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Das gilt für die, die unsere Eltern im Alter pflegen, die sich um unsere Kinder kümmern oder die, die den ganzen Tag in den Supermärkten an der Kasse sitzen. Deshalb werde ich alles dafür tun, dass die Löhne wieder steigen, die Managergehälter begrenzt wer-

den und Mann und Frau gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Ich will unbefristete Arbeit, tariflich bezahlt und mit guten Arbeitsbedingungen wieder zum Normalfall machen! Damit es im Arbeitsleben der Menschen gerecht zugeht. Nur dann gibt es mehr Zusammenhalt, sind die Menschen zufriedener und die Unternehmen fortschrittlicher. Davon haben alle was.

Die Menschen brauchen einen **handlungsfähigen Staat**.
Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten und kaufen sich ihre Sicherheit selbst.

Auch die innere Sicherheit ist eine Gerechtigkeitsfrage. Nur Reiche können sich ihre private Sicherheit kaufen – die anderen sind auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen. Mit ausreichend Polizeikräften und genügend Richterinnen und Staatsanwälten. Ob Wohnungseinbrüche, Taschendiebstahl oder Terrorismus: Ich will, dass der Staat in der Lage ist,

seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Besonnen und entschlossen. Allein mit Gesetzesverschärfungen werden wir nicht erfolgreich sein. Erst im Zusammenspiel von Kriminalitätsvorbeugung, Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft und der Arbeit von Polizei, Justiz und Nachrichtendiensten entsteht mehr Sicherheit.

JETZT WÄHLEN!

Sie haben am 24. September keine Zeit oder etwas anderes vor? Kein Problem: Sie können auch jetzt schon wählen.

In den Sofortwahlstellen in Oberhausen und Dinslaken. Oder bequem von Zuhause per Briefwahl.

IN OBERHAUSEN:

Die **Sofortwahlstellen** sind bis Freitag, 22. September 2017, geöffnet:

Mo. - Mi.: 08.00 - 16.00 Uhr
Do.: 08.00 - 18.00 Uhr
Fr.: 08.00 - 12.00 Uhr
Sa.: 10.00 - 13.00 Uhr

Rathaus Oberhausen

Eingang Arkaden
Schwartzstraße 72
46045 Oberhausen

Technisches Rathaus Sterkrade

Gebäude C, Infotheke
Bahnhofstraße 66
46145 Oberhausen

Rathaus Osterfeld

Zimmer 18
Bottroper Straße 183
46117 Oberhausen

Für die **Briefwahl** benötigen Sie Briefwahlunterlagen, die Sie beim Fachbereich Wahlen („Wahlamt“) der Stadt Oberhausen anfordern können. Normalerweise tun Sie dies mit dem Antrag, der auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung aufgedruckt ist. Der ausgefüllte und unterschriebene Antrag ist an den Fachbereich Wahlen zurückzusenden:

Per Post

Stadt Oberhausen
Fachbereich Wahlen
Postfach
46042 Oberhausen

Per Fax

0208 825 51 21

Per E-Mail

wahlen@oberhausen.de

IN DINSLAKEN:

Sie haben bis einschließlich Freitag, 22. September 2017, die Möglichkeit, zu den jeweils üblichen Öffnungszeiten im Bürgerbüro Stadtmitte vorab per **Direktwahl** zu wählen.

Mo. - Di.: 09.00 - 18.00 Uhr
Mi.: Geschlossen
Do.: 09.00 - 18.00 Uhr
Fr.: 09.00 - 13.00 Uhr
Sa.: 10.00 - 13.00 Uhr

Bürgerbüro Stadtmitte

Friedrich-Ebert-Straße 82 - 84
46535 Dinslaken

Unterlagen für die **Briefwahl** sollten möglichst frühzeitig beim **Wahlbüro der Stadt Dinslaken** (Rathaus, Platz d’Agen 1, 46535 Dinslaken) beantragt werden. Der Antrag kann schriftlich, persönlich oder auch per Online-Briefwahlbeantragung gestellt werden. Eine telefonische Antragstellung ist nicht möglich.

Die Online-Briefwahlbeantragung ist bis zum Mittwoch vor dem Wahltag (20.09.2017) 18.00 Uhr, möglich.

Die schriftliche und persönliche Beantragung der Briefwahlunterlagen ist bis zum Freitag vor dem Wahltag (22.09.2017) 18.00 Uhr, möglich.



Dirk Vöpel: Deutschland braucht mehr **SOZI PUR!**

Zum zweiten Mal nach 2013 stellt sich Dirk Vöpel im Wahlkreis Oberhausen / Wesel III (Dinslaken) den Bürgerinnen und Bürgern, will wieder für die SPD in den Deutschen Bundestag gewählt werden. Wir sprachen mit ihm über die Leistungen der SPD in der großen Koalition, die Wahlkreisarbeit, den Verteidigungsausschuss und seine Wahlkampftour.

Warum soll man eigentlich den Dirk Vöpel wieder in den Bundestag wählen?

Dirk Vöpel: Weil ich erstens davon ausgehe, dass ich meinen Wahlkreis in den letzten vier Jahren in Berlin gut vertreten habe und deshalb die Wählerinnen und Wähler mit gutem Gewissen darum bitten kann, meinen Arbeitsvertrag um vier weitere Jahre zu verlängern. Und weil es zweitens noch nie geschadet hat, möglichst viele direkt gewählte SPD-Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet in den Bundestag und in die SPD-Fraktion zu schicken. Wir sind hier im tiefen Westen mit unseren Problemen ja nicht gerade in Sichtweite von Berlin. Daher braucht unsere Region eine starke Lobby im Bundestag, aber auch in der eigenen SPD-Bundestagsfraktion, damit unsere Interessen nicht unter die politischen Räder kommen. Und das machen die Sozis aus dem Ruhrpott ziemlich gut.

Inwiefern hat der Wahlkreis Oberhausen / Dinslaken von der Arbeit seines einzigen direkt gewählten Abgeordneten profitiert?

Dirk Vöpel: Also beim Thema Kommunalfinanzen haben wir in dieser Wahlperiode schon erhebliche Fortschritte erzielt. Die Verbesserung der Finanzsituation der Städte und Gemeinden war für uns in der SPD von Anfang an ein Kernanliegen. Gegen teilweise erbitterten Widerstand aus der Union konnten wir etliche Milliarden aus dem Bundeshaushalt zur direkten oder indirekten Unterstützung insbesondere der finanzschwachen Kommunen mobilisieren. Noch wichtiger: Endlich hat der Bund angefangen, sich direkt an der Beseitigung des riesigen Investitions- und Sanierungsstaus in den ärmeren Städten zu beteiligen. Ich weise hier nur auf das 3,5 Milliarden Euro schwere Programm zur Schulsanierung hin, von dem Oberhausen und Dinslaken in den kommenden Jahren massiv profitieren werden. Gemeinsam mit dem in 2015 beschlossenen Gesetz zur

Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen, sind dies immerhin 7 Milliarden Euro, die der Bund zielgerichtet und nicht mit der „Gießkanne“ für Investitionen bereitgestellt hat. Natürlich ist das alles längst noch nicht genug, um unsere Infrastruktur wieder auf Vordermann zu bringen, aber ein Anfang ist gemacht. Und dieser Erfolg geht eindeutig auf das Konto der SPD.

Die Städte des Ballungsraums Ruhrgebiet fanden lange nur wenig Gehör in Berlin. Wie kam es zu der neuen Entwicklung?

Dirk Vöpel: Da spielt unsere fraktionsinterne Arbeitsgruppe „Ruhrgebiet“ eine zentrale Rolle. Hier haben sich die SPD-Abgeordneten aus dem Ruhrgebiet zusammengetan und dann konsequent Lobby-Arbeit fürs Revier betrieben. Denn die Probleme sind ja überall gleich, von Duisburg bis Dortmund. Aus dieser Einsicht entsteht Politik, die auch was erreicht. Wir haben da alle an einem Strang gezogen. Das war erfolgreich und hat Spaß gemacht.

Dirk Vöpel: Lebenslauf

Ich wurde am 29. Mai 1971 im Evangelischen Krankenhaus in Oberhausen geboren. Aufgewachsen bin ich in Alstaden, im Westen meiner Heimatstadt. Nach dem Abitur am Elsa-Brändström-Gymnasium konnte ich meinen Zivildienst beim Arbeitskreis Behinderter und Nichtbehinderter im Katholischen Stadthaus in Mülheim an der Ruhr absolvieren.



Ich war schon als Kind sehr technikbegeistert, bin mit Computern und den Möglichkeiten der modernen Kommunikationstechnik groß geworden. Irgendwann musste ich mich zwischen der Fortführung meiner eigenen IT-Firma und dem Abschluss des Jura-Studiums entscheiden. Ich habe damals ganz bewusst meine Leidenschaft für Computertechnik zum Beruf gemacht und anschließend viele Jahre als selbstständiger IT-Systembetreuer gearbeitet. Für mich war das die richtige Entscheidung und ich habe sie nie bereut.

Meine Tochter Anna, auf die ich sehr stolz bin, wird in wenigen Wochen 18 Jahre alt.

Ich bin 1988 noch als Schüler in die SPD eingetreten, weil ich mich schon immer einmischen und die Politik nicht „denen da oben“ überlassen wollte. Anfang der 90er Jahre war ich einige Jahre lang Vorsitzender der Oberhausener Jungsozialisten, anschließend zehn Jahre stellvertretender Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Oberhausen-West. Von 2005 bis 2016 war ich Ortsvereinsvorsitzender.

Neben Jusos und Ortsverein habe ich mich ziemlich schnell auch in der ehrenamtlichen kommunalpolitischen Arbeit engagiert: Los ging es 1989 als Bürgermitglied im Umweltausschuss. In der anschließenden Wahlperiode konnte ich als Mitglied der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen erste „parlamentarische“ Erfahrungen sammeln. Von 1999 bis 2014 habe ich den Wahlbezirk Alstaden-Ost als direkt gewähltes Mitglied im Rat der Stadt vertreten. Ich war über zehn Jahre Sprecher der SPD-Fraktion im Umweltausschuss und von 2011 bis 2014 Bezirksbürgermeister von Alt-Oberhausen. Dem Deutschen Bundestag gehöre ich seit 2013 an. Seit November 2015 bin ich Vorsitzender der Oberhausener SPD.

Dirk Vöpel: Klartext

Drei Themen, die mich besonders bewegen:

1. Gleiche Arbeit. Gleicher Lohn.
2. Hilfe dem, der Hilfe braucht.
Egal ob in Ost oder West.
3. Erste-Klasse-Medizin. Für alle!

Was ich mag:

Gelassenheit, Curry-Wurst, helles Bier und französischen Rotwein.

Was ich nicht mag:

Politiker, die lieber bei Facebook als im Wahlkreis unterwegs sind.

Was mich richtig wütend macht:

Verzagtheit, Kleinmut, Weinerlichkeit.
Eigene Verantwortung auf andere abschieben.

Mein Lieblingssport:

Passiv: Fußball, ganz klar.
Aktiv: Radfahren.

Meine Vorbilder:

Speziell: Friedhelm van den Mond.
Allgemein: Menschen, die ihre Aufgabe wichtiger nehmen als ihre persönliche Befindlichkeit.

Meine liebsten Reiseziele:

Immer wieder Frankreich, möglichst am Atlantik. Und die deutsche Nordseeküste.

Wenn ich nicht wieder in den Bundestag gewählt werde:

Bedaure ich das offensichtlich mehr als die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler.

Wobei ich entspannen kann:

Sofa, ein guter Film oder eine spannende Serie.

Meine größte persönliche Stärke ist:

Dass ich sage, was ich denke – und mache, was ich sage.

Meine größte persönliche Schwäche ist:

Dass ich sage, was ich denke.

„Sozi pur“ heißt:

1. Vergiss nie, wo du herkommst.
2. Vergiss nie, für wen du arbeitest.
3. Vergiss nie, wer deine Hilfe braucht.

Mein Lebensmotto:

Blick nach vorn, da ist die Straße.

Man hat ohnehin den Eindruck, dass die SPD als kleinerer Partner dennoch die treibende Kraft in der Großen Koalition war.

Dirk Vöpel: Völlig richtig. Es gibt da diesen alten Lästerspruch, dass 30 Prozent der Leute 80 Prozent der Arbeit erledigen. Das ist im Allgemeinen natürlich Quatsch, aber bezogen auf den Politikbetrieb in Berlin trifft es den Nagel auf den Kopf. Der SPD-Teil der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion haben in den letzten vier Jahren ein politisches Projekt nach dem anderen angestoßen und durchgesetzt. Mindestlohn, Rentenpaket, Reaktivierung des Programms „Soziale Stadt“, Mietpreisbremse, mehr Lohngerechtigkeit für Frauen und Männer, Meister-BAföG und so weiter und so fort: Das trägt alles den „Sozi pur“-Herkunftsstempel. Wenn man alleine mit Leistungsbilanzen Wahlen gewinnen könnte, wäre das Rennen für die SPD schon gelaufen. In Wirklichkeit wird viel von dem, was wir als SPD erreicht haben, der Kanzlerin gut geschrieben. Und die Merkel schmückt sich regelmäßig und ungeniert mit fremden politischen Federn. Sie ist eine notorische politische Urheberrechtsverletzerin. Ein Grund mehr, für einen Wechsel im Kanzleramt zu kämpfen.

Welchen Stellenwert hat die Wahlkreisarbeit für dich?

Dirk Vöpel: Einen ganz zentralen. Es ist ein großer Vertrauensbeweis, wenn einen die Menschen direkt in den Bundestag wählen. Das ist etwas anderes als über einen relativ sicheren Listenplatz in ein Parlament einzuziehen und macht einen schon gefühlte 10 Zentimeter größer. Für uns SPD-Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet gilt ohnehin das eherne Gesetz: Gewinn deinen Wahlkreis oder du bist raus. Wir stehen immer auf den hintersten Plätzen der Reserveliste. Aus Überzeugung und aus eigenem Interesse heraus müssen wir die Probleme der Menschen in unseren Wahlkreisen als den politischen Ernstfall betrachten. Ich versuche deshalb immer, so engen Kontakt wie nur möglich zu den Menschen in meinem Wahlkreis zu halten und so oft es der Kalender erlaubt, vor Ort präsent zu sein. Das ist angesichts von jährlich 22 bis 23 Sitzungswochen, die ein MdB nun mal an seinem Berliner Arbeitsplatz verbringen muss, einfacher gesagt als getan. Aber das bleibt mein selbst gestellter Anspruch, an dem ich mich auch messen lasse. Ich möchte nicht in erster Linie als brillanter Fachpolitiker unter der Kuppel des Reichstags schweben, sondern mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Tatsachen in Oberhausen und Dinslaken stehen.

Das war deine erste Wahlperiode. Was hat dich in dieser Zeit am meisten überrascht?

Dirk Vöpel: Ich hätte nie erwartet, wie oft Bürgerinnen und Bürger sich mit ihren großen und kleinen Sorgen und Nöten an den vor Ort zuständigen MdB wenden. Aus ihrer Sicht muss ein Volksvertreter eben auch eine Art „Bürgeranwalt“ sein, der sich für ihre Interessen einsetzt. Die formale Unterscheidung zwischen den jeweiligen „Zuständigkeiten“ von Bund, Land oder Stadt interessiert dabei im Zweifel niemanden, der mit einem drängenden Problem zu mir kommt. Da wird erwartet, dass ich mich einsetze. Ich kann natürlich nicht in jedem Fall helfen. Es gibt Menschen, die sind mit einem ganz schrecklichen Schicksal geschlagen. Aber das sind dann schon die Sonnenschein-Stunden in meinem Job, wenn sich Leute bei mir bedanken, weil ich bei der Lösung eines Problems weiter helfen konnte. Deshalb ist und bleibt die regelmäßige Bürgersprechstunde, zu der ich im Schnitt alle vier bis fünf Wochen einlade, ein zentrales Instrument meiner Wahlkreisarbeit.

Wie kommt man eigentlich als ehemaliger Zivildienstleistender in den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages?

Dirk Vöpel: Gute Frage. Das Leben ist kein Wunschkonzert, auch nicht im Bundestag. Als Neuling stellt man sich erst mal hinten an. Und so habe ich den Platz im Verteidigungsausschuss sozusagen von meinem Vorgänger Mike Groschek „geerbt“. Seitdem beschäftige ich mich fachpolitisch mit der Bundeswehr. Und wer die Nachrichten verfolgt, weiß: Das ist wirklich eine Riesenbaustelle für sich. Ich habe in der Tat als junger Mann keinen Wehrdienst geleistet und kam deshalb mit größtmöglicher Bundeswehrferne in den Ausschuss. Das hat aber nicht geschadet, im Gegenteil: Wenn man sich schnell und gründlich in ein ganz neues Themenfeld einarbeiten muss, ist es durchaus von Vorteil, wenn man da halbwegs unbelastet rangehen kann.

Die Arbeit im Verteidigungsausschuss hat aber keinen besonderen Bezug zum Wahlkreis, oder?

Dirk Vöpel: Nein, hat sie nicht. Aber sie gehört ohne Zweifel zu den verantwortungsvollsten Aufgaben im Deutschen Bundestag, gerade in Zeiten wie diesen. Wenn wir im Ausschuss über die Auslandseinsätze der Bundeswehr streiten oder über die zukünftige Ausrichtung unserer Streitkräfte, über die Rolle der NATO oder eine bessere militärische Zusammenarbeit in der EU: Es geht letztlich immer um die existenzielle Frage, wie wir Frieden

und kollektive Sicherheit in Europa auch in den nächsten Jahrzehnten erhalten können. Dabei trete ich sehr dafür ein, den Blick nicht auf das Militärische zu verengen. Angesichts zahlreicher Konflikt- und Krisenherde in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas brauchen wir mehr diplomatisches Feuerlöschen und weniger militärisches Zündeln, wenn die Dinge nicht aus dem Ruder laufen sollen.

Bei der SPD dreht sich in diesem Wahlkampf alles um den Schlüsselbegriff „Gerechtigkeit“. Kannst du den mal etwas konkreter fassen?

Dirk Vöpel: Also zunächst mal ist Gerechtigkeit für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Wert, der ganz tief in unserer historischen Erbmasse verankert ist. Gerechtigkeit war vom Anbeginn der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert eine zentrale Forderung der SPD. Und leider muss Gerechtigkeit auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer noch ein ganz großes Thema sein. Ist es zum Beispiel gerecht, wenn Frauen für die gleiche Arbeit im Schnitt immer noch 21 Prozent weniger verdienen? Ist es gerecht, wenn Menschen ihr Leben lang geschuftet haben, und dann zum Sozialamt gehen müssen, weil die Rente hinten und vorne nicht reicht? Ist es gerecht, wenn wir jahrzehntelang den Aufbau Ost finanziert haben, aber jetzt nicht ausreichend Geld in die Hand bekommen, um endlich mal die maroden Brücken, Straßen und Schulen im Westen zu sanieren? Und ist es gerecht, wenn wir nach wie vor eine Art Zweiklassen-Gesellschaft im Gesundheitswesen haben mit einem finanziellen Anreizsystem, das zur systematischen Benachteiligung von Kassenpatienten führt? Wir sagen: Ein gerechteres Deutschland ist ein besseres Deutschland. Und deshalb braucht dieses Land nicht weniger, sondern mehr „Sozi pur“.

Womit wir beim Wahlkampf wären. Der jüngste Trend sind ja Hausbesuche oder Haustüraktionen der Kandidatinnen und Kandidaten. Wirst du auch so was machen?

Dirk Vöpel: Nein, ich klinge nicht unangemeldet bei den Leuten an der Haustür, das ist nicht mein Stil. Aber natürlich bin ich kreuz und quer im Wahlkreis unterwegs, um mich und meine Positionen den Menschen vorzustellen. Ich dränge mich aber nicht auf, sondern mache Gesprächsangebote in der unmittelbaren Nachbarschaft der Menschen nach dem Motto „Auf einen Kaffee mit Dirk Vöpel“. Ich renne den Leuten nicht die Haustüren ein, aber ich komme mit meinem Team und einem großen Pott Kaffee ganz in ihre Nähe. Meistens stellen wir uns mit einem mobilen Infostand für knapp eineinhalb Stunden an einen markanten Punkt im Sprengel, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Die Termine und Standorte werden natürlich vorher per Flugblatt bekannt gegeben. Das läuft super.



Dirk Vöpel MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages für **Dinslaken** und **Oberhausen**

Fon: +49 30 227 71542
Fax: +49 30 227 76542
Mail: dirk.voepel@bundestag.de
Home: www.dirk-voepel.de

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro Oberhausen:

Schwartzstraße 52
46045 Oberhausen

Büro Dinslaken:

Bahnhofsplatz 5
46535 Dinslaken

Mitgliedschaft in Ausschüssen:

Mitglied im Verteidigungsausschuss

Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

Stellv. Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitgliedschaft in Parlamentariergruppen:

Parlamentarische Gruppe Bahnlärm

Deutsch-Französische Parlamentariergruppe

Deutsch-Slowakische Parlamentariergruppe
(Stellv. Vorsitzender)

Deutsch-Südosteuropäische
Parlamentariergruppe

Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Mitarbeit in SPD-Bundestagsfraktion und beim SPD-Parteivorstand:

Landesgruppe NRW

SPD-MDBs Ruhrgebiet

AG Strategien gegen Rechtsextremismus

AG Kommunalpolitik

AG Brennpunktquartiere

Gesprächskreis Südosteuropa

Kommission „Internationale Politik“ beim PV

AG Migration und Integration

Taskforce Brexit

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Oberhausen

Verantwortlich:
Antonio Scarpino (V.i.S.d.P.)

Anschrift:
Schwartzstraße 52,
46045 Oberhausen,
Tel. 0208 23334

Bilder:
Niels Meier-Gerdingh, SPD Oberhausen

Gestaltung:
dita moderna,
46049 Oberhausen

Zeit für mehr Gerechtigkeit

Unser Programm zur Bundestagswahl beschreibt ausführlich, welche politischen Ziele und Projekte wir in den kommenden vier Jahren umsetzen wollen. Wir sagen vor der Wahl, was wir nach der Wahl vorhaben und spielen mit offenen Karten. Aber nicht jeder hat Zeit und Lust, ein komplettes Programm zu lesen. Deswegen haben wir die wichtigsten Punkte aus 12 Politikbereichen in der folgenden Übersicht zusammengefasst.

Es ist Zeit für mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege

Bildung muss gebührenfrei sein: Von der Kita über Ausbildung und Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung.

- Kita-Gebühren schrittweise abschaffen
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern
- Kinderrechte im Grundgesetz verankern
- 300 Euro Familiengeld, um die gemeinsame Erziehung von Kindern zu erleichtern
- Vollständige Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich
- Schulsanierungsprogramm als echtes Schulmodernisierungsprogramm
- Familienarbeitszeit für Pflegende

Es ist Zeit für moderne Ausbildung und sichere Arbeit

Unser Ziel: Unbefristete Arbeit – sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt. Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig.

- Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen in Deutschland
- Mindestausbildungsvergütung
- Bessere BAföG-Leistungen
- Sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen abschaffen
- Gleiche Vergütung für Leiharbeit wie in der Stammebelegschaft, vom ersten Tag an
- Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen
- Recht auf Weiterbildung einführen
- Von der Bundesagentur für Arbeit zur Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung
- Sozialen Arbeitsmarkt schaffen
- Schonvermögen im SGB II verdoppeln

Es ist Zeit für eine starke Wirtschaft und Innovationen

Höhere Investitionen sind der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg. Wir werden eine Investitionsoffensive auf allen staatlichen Ebenen starten.

- 3,5 % des BIP für Forschung und Entwicklung bis 2025
- Die kommunale Daseinsvorsorge bei Freihandelsabkommen und im europäischen Binnenmarkt absichern
- Förderung von Existenzgründerinnen und -gründern
- Klare Regeln für die Finanzwirtschaft: Kein Finanzmarkt, kein Finanzprodukt und kein Finanzakteur dürfen zukünftig ohne Regulierung und Kontrolle sein
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- Klares Bekenntnis zum Recht auf Bargeld

Es ist Zeit für einen starken Sozialstaat

Wir überwinden die Zweiklassen-Gesellschaft im Gesundheitswesen durch Einführung der Bürgerversicherung. Wir stabilisieren das Rentenniveau und begrenzen die Rentenbeiträge.

- Paritätische Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung
- Arbeitgeber und Versicherte zahlen wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag
- Abschaffung des einseitigen Zusatzbeitrags der Versicherten
- Einheitliche Honorarordnung für Ärzte
- Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters
- Doppelte Haltelinie: Gesetzlich festgelegtes Rentenniveau von mindestens 48 % und Beitragssatz von 22 %

Es ist Zeit für Investitionen und gerechte Steuern

Deutschland investiert zu wenig. Deshalb gilt für uns in der Steuer- und Finanzpolitik: Vorfahrt für Investitionen!

- Investitionsoffensive für beste Schulen und Kitas, moderne Verkehrswege, bezahlbare Wohnungen und schnelles Internet für alle
- Keine Steuerentlastungen mit der Gießkanne, sondern Steuergerechtigkeit
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags für untere und mittlere Einkommen
- Rentenunschädliche Beitragsentlastung für Geringverdiener
- Spitzensteuersatz auf 45 % anheben
- Arbeit und Kapital wieder gleich besteuern durch Abschaffung der Abgeltungsteuer
- Sehr hohe Erbschaften höher besteuern
- Steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 € begrenzen

Es ist Zeit für ein gutes Leben – in Stadt und Land

Die SPD ist die Kommunalpartei. Wir sind Anwältin der Städte und Gemeinden und sorgen für gleichwertige Lebensverhältnisse, egal ob in Ost oder West.

- Investitionskraft der Kommunen stärken
- Kommunen von Sozialkosten entlasten
- Hilfe beim Abbau der Altschulden
- Mietpreisbremse weiter verbessern
- Neubau von bezahlbaren Wohnungen
- Mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau
- Sozial gestaffeltes Familienbaugeld
- „Wer bestellt, bezahlt“, auch bei Maklerkosten
- Altersgerechten Umbau von Wohnraum fördern

Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft

Wir wollen allen Menschen den Zugang zu einer intakten Natur erhalten. Energie muss umweltfreundlich, verlässlich und bezahlbar sein.

- Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen
- Ab 2050 Energie weitgehend treibhausgasneutral erzeugen
- Öffentliche Gebäude und ÖPNV zu Vorbildern des energieeffizienten Verbrauchs entwickeln
- Mehr Natur in der Stadt
- Faire Preise für Lebensmittel
- Würde und Wohlergehen von Tieren schützen durch ein modernes Tierschutzgesetz
- Keine gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft

Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag

Wir schaffen mehr Sicherheit – durch energische Strafverfolgung und effektive Prävention. Die Sicherheit im alltäglichen Leben darf nicht zum Luxusgut werden.

- 15.000 neue Stellen bei der Polizei schaffen
- Konsequente Strafverfolgung, Präventionsarbeit ausweiten
- Gegen Terror und extremistische Gewalt mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vorgehen
- Anti-Terror-Kampf besser koordinieren, in Deutschland und Europa
- Rechtsextreme Straftaten besser erfassen und statistisch auswerten
- Der Verbreitung von Hasskriminalität und „Fake News“ entgegenwirken
- Kein Einsatz der Bundeswehr als Hilfspolizei im Inland

Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik

Wir wollen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen, die Außengrenzen Europas sichern und die Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen.

- Kontrolle der Außengrenzen Europas verstärken
- Anerkannte Flüchtlinge besser integrieren
- Abgelehnte Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen
- Fairer Schlüssel zur Verteilung der Schutzberechtigten auf alle EU-Mitgliedstaaten
- Ein Einwanderungsgesetz, das verständlich regelt, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann und wer nicht
- Einführung eines flexiblen und an der Nachfrage nach Fachkräften orientierten Punktesystems nach kanadischem Vorbild

Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft

Wir wollen echte Gleichstellung für alle Menschen – unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Herkunft, Behinderung oder sexueller Orientierung.

- Gleiche Arbeit, gleicher Lohn!
- Schluss mit der Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen
- Transparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickeln
- Führungsgremien zur Hälfte mit Frauen besetzen
- Absenkung des Wahlalters bei Europa- und Bundestagswahlen auf 16
- Inklusive Bildung entlang der gesamten Bildungsbiographie unterstützen
- Keine Lohndiskriminierung von Menschen mit Behinderungen

Es ist Zeit für ein besseres Europa – sozialer und demokratischer

Wir kämpfen für mehr europäischen Zusammenhalt und Solidarität. Keine Chance den neuen Nationalisten, Populisten und Anti-Europäern.

- Europäisches Investitionsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Permanenter EU-Fonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- Wirksame EU-Regeln gegen Sozialdumping
- Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und des Steuervollzugs in Europa
- Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum
- Mehr Rechte für das EU-Parlament und Reform der EU-Kommission
- Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskörps

Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt

Unsere Außenpolitik ist Friedenspolitik. Wir setzen auf Dialog statt Konfrontation, auf fairen Interessenausgleich und Verhandlungslösungen.

- Zivile Krisen- und Konfliktprävention weiter stärken
- Neuer Anlauf für Entspannung und Abrüstung
- Eindämmung von Rüstungsexporten
- Verbot des Exports von Kleinwaffen in Staaten außerhalb von EU und NATO
- Völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen
- Bestmögliche Ausrüstung für Soldatinnen und Soldaten im Einsatz
- Mehr Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit

